

## **Zukunft des Chemiestandortes: Für effiziente und effektive Produktion im Ruhrgebiet**

Die besondere Stärke der Chemie sind ihre Beschäftigten, ihr Knowhow, ihre Ausbildung, ihre Innovationskraft. Voraussetzung dafür ist das partnerschaftliche Miteinander zwischen Firmenleitungen und Mitbestimmung. Hier knüpft die Chemie an die jahrzehntelange Tradition im Ruhrgebiet bestens an.

Über 106.000 Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen sind in der Chemieindustrie tätig. Das ist ein Fünftel der deutschen Chemiebranche. Wichtige Produktionsstandorte liegen an der Rheinschiene und im Ruhrgebiet. Die Gehälter der Branche sind überdurchschnittlich. Unternehmen rechnen mit dem Faktor 4: Ein Beschäftigter der Chemieindustrie sichert rund vier weitere Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette. Größter Arbeitgeber im Ruhrgebiet ist der Chemiepark Marl mit über 10.000 Beschäftigten.

Vorprodukte und Erzeugnisse der Chemie sind elementarer Bestandteil der meisten Güter unserer Lebensart. Mit ihren Produkten unterstützt die Chemie- und Pharmabranche aber nicht nur 97 Prozent der deutschen Industrieproduktion. Die Branche trägt auch dazu bei, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und zu lösen: In der Pandemie waren es Desinfektionsmittel, Medizinprodukte und der Impfstoff, der uns hilft, wieder neue Normalität zu erlangen. In der Transformation zu einer klimaneutralen Industriegesellschaft kommt es in besonderer Weite auf die Chemie an. Die Palette der Produkte ist lang und Energiewende und Klimaneutralität erfordern modernste und innovative Produkte insbesondere aus der Chemiebranche. Dazu zählen Additive oder Leichtbau, Produkte für gesunde Ernährung, Spezialkunststoffe, chemisches Recycling.

Der Chemiepark Marl ist ein bedeutender Hotspot. Unternehmen investieren aktuell mehrere Milliarden Euro in neue Technologien. Sei es die PA-12-Hochleistungspolymer-Produktion von Evonik für 3-D-Druck, die Umstellung des Kraftwerkspark von Kohle auf Gas oder die neue Cumol-Anlage von Ineos (Aspirin-Rohstoff) mit niedrigerem Energieeinsatz und höherer Produktionsausbeute. Gerade die jüngsten Investitionsentscheidungen sind auch ein Erfolg der CDU-geführten Landesregierung, die Hemmnisse beseitigt und neue Chancen eröffnet hat. Die Teilnahme von Ministerpräsident und CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet an der PA-12-Einweihung unterstreicht die verlässliche Unterstützung.

Für alle Betriebe und Standorte ist und bleibt von zentraler Bedeutung: Sie brauchen sichere und verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie weiterhin am Standort Deutschland und insbesondere im industriell geprägten Ruhrgebiet effizient und effektiv produzieren können. Dabei bedeutet Effizienz nicht mehr allein

wirtschaftliche oder monetäre Vorteile und Gewinne, sondern umfasst den Schutz und die Bewahrung der Schöpfung sowie natürlicher Lebensgrundlagen gleichermaßen. Denn Effizienz setzt auch voraus, dass wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen – im Interesse künftiger Generationen genauso wie mit Blick auf Wiederverwertbarkeit von Materialien oder Rohstoffen.

Effektivität erreichen wir dann am besten, wenn die politischen Rahmenbedingungen ermöglichen und nicht behindern. Dann können sich Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren und müssen nicht unnötige und zeitraubende Bürokratie bewältigen. Klar ist dabei auch: So viel Transparenz, Information und Dialog wie möglich. In unserer aufgeklärten Zeit haben die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Nachbarschaft chemischer Produktionsanlagen jeden Anspruch auf Aufklärung über Prozesse, Stoffe und Anlagensicherheit. Effektive Produktion darf nie auf Kosten der Sicherheit gehen. Die Branche war und ist seit vielen Jahren verlässlicher Garant für partnerschaftlichen Dialog auf Augenhöhe. Daran darf sich nichts ändern.

Deutschland und Europa sind mitten in der Zeitenwende. Auf dem Weg zur Klimaneutralität gilt es, epochale Entscheidungen zu treffen. Sie haben direkte und indirekte Auswirkungen vor allem auch auf die Betriebe der chemischen Industrie.

Sieben Punkte sind für die Chemie- und Pharmabranche dabei von besonderer Bedeutung:

1) **Verlässliche, bezahlbare und sichere Energieversorgung**

Gerade mit Blick auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien nach dem Ausstieg aus Atom und Kohle wird jede Menge klimaneutraler Strom benötigt. Dieser muss bezahlbar und verfügbar sein. Umlagen und Abgaben müssen so weit wie möglich reduziert oder abgeschafft werden. Die Chemieindustrie ist auch Enabler für die Errichtung von Windrädern, Solarparks oder von Batteriespeichern und ist auf Innovationsunterstützung angewiesen.

2) **Voraussetzung für klimaneutralen Wasserstoff im Ruhrgebiet schaffen**

Die Chemie nimmt eine Schlüsselrolle bei der Produktion von Wasserstoff ein und ist bereits heute ein wichtiger Nutzer. Wasserstoff muss verfügbar gemacht werden durch ein Pipelinenetz und durch eine ideologiefreie Betrachtung der „Farbenlehre“: Auch blauer Wasserstoff stellt eine Brückentechnologie hin zur Klimaneutralität dar. Bestehende Initiativen zur Wasserstoffnutzung und -produktion im Ruhrgebiet sollen schlagkräftiger koordiniert und vernetzt werden. Sektorübergreifende Projekte müssen dazu beitragen, dass über die Industrie hinaus auch auf anderen Sektoren wie Mobilität oder Wohnen die Klimaneutralität mittels Wasserstoffs schneller erreicht werden kann.

### 3) **Schnelle Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie**

Effiziente Genehmigungsverfahren helfen bei der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Der vorliegende Rechtsrahmen und der Vollzug des Umwelt- und Planungsrechts sind nicht mehr zeitgemäß und brauchen einen Neustart (vgl. Heilmann-Initiative). Ein Planungsmodernisierungsgesetz kann sinnvoll sein, um bestehende Hürden zu beseitigen und in einem Artikelgesetz zu modernisieren. Die Digitalisierung kann dabei unterstützen, darf aber kein Selbstzweck sein: Eine erweiterte Transparenz von Daten führt zu Wettbewerbsnachteilen und einer Schwächung der öffentlichen Sicherheit. Gerade mittelständische Unternehmen sind auf einen verständlichen und möglichst einfachen Rechtsrahmen angewiesen. Die seit Jahren anhaltende Tendenz, durch neue politische Projekte die Regulierungsdichte zu erhöhen, muss deshalb umgekehrt werden. Zudem sollten EU-Richtlinien 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen sowie unnötige zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.

### 4) **Chancen des Green Deal nutzen**

Der Green Deal kann eine Wachstumsstrategie sein, wenn er von einer kraftvollen Industriepolitik unterstützt wird. Dazu müssen die Elemente des Green Deal die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie stärken. Investitions- und Innovationshemmnisse müssen beseitigt werden. Neue bürokratische Hürden, wie z.B. eine von den Grünen vorgeschlagene Klimaschutzverträglichkeitsprüfung sind abzulehnen. Der bisherige Fokus der EU-Kommission auf Zielvorgaben muss durch die Beschreibung der Rahmenbedingungen abgelöst werden. Insbesondere die EU-Chemikalienstrategie, als wichtiges Element des Green Deal, muss mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vereinbart werden.

### 5) **Infrastruktur ausbauen und stärken**

Schnelles Internet und Breitbandverbindungen sind Schlüssel und Voraussetzung für Innovationen, für mobiles Arbeiten und für schnellen Kundenkontakt. Die Performance auszubauen ist Grundlage für den digitalen Industriestandort Ruhrgebiet. Aber auch die klassischen Verkehrsträger schaffen Wertschöpfung und tragen dazu bei, Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen: Das gilt für Bahnknoten ebenso wie für Lückenschlüsse (z.B. A 52 bei Gladbeck) oder Flüsse und Kanäle. Gerade die Wasserstraßen sind für die Chemieindustrie von hoher Bedeutung und die bereits begonnenen Ertüchtigungen von Schleusen und Kanälen gilt es zügig umzusetzen – gegebenenfalls auch durch innovative Projekte mit der Wirtschaft. Chemiestandorte benötigen auch eine Versorgung z. B. mit Rohstoffen durch umfangreiche Pipeline- und Rohrleitungsnetze, aber auch eine effektive Energieversorgung durch Gas- und Stromnetze. Diese zu gewährleisten muss

Ziel und Aufgabe von Politik und Unternehmen sein; ganz besonders mit Blick auf die Sorgen und Ängste der Anrainer und nahegelegenen Ansiedlungen.

#### **6) Digitalisierung und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille**

Mit der digitalen Vernetzung technischer Anlagen entstehen völlig neue Gefahren. Im Mai 2021 musste die größte Treibstoffpipeline der USA nach einem Cyberangriff für mehrere Tage vom Netz genommen werden, was zu Versorgungsengpässen in mehreren Bundesstaaten führte. Auch Tanklager für entzündliche Kraftstoffe oder Gase werden zunehmend digital überwacht, um Füllstände oder den Druck zu messen. Daher müssen auch digitale Systeme nachweislich sicher sein und Anlagen gegen Cyberangriffe geschützt werden. Hier ist die Gesetzgebung gefragt. Die digitale Sicherheit muss zwingend integraler Bestandteil der Prüfungen der Anlagen werden.

#### **7. Bildung und Wissenschaft als Schlüssel zum Erfolg**

Eine starke Wirtschaftsbranche benötigt eine gute Basis. In NRW ist dafür grundsätzlich eine gute wissenschaftliche Infrastruktur gegeben. An Universitäten und Fachhochschulen werden viele Chemie- oder verwandte Studiengänge angeboten. Neben anderen wissenschaftlichen Einrichtungen ist das Max-Planck-Institut (MPI) für bioanorganische Chemie in Mülheim/Ruhr und das MPI für Molekulare Physiologie in Dortmund mit der Forschung im Bereich Chemie befasst. Es bedarf weiterer Anstrengungen, Nachwuchs für die wichtige Sparte Chemie bereits in der Schule zu gewinnen. Die von der Stadt Essen mitinitiierte Junioruniversität kann hierzu einen Beitrag leisten und steht beispielhaft für den Einsatz von Kommunen und Unternehmen vor Ort für eine Zukunft in der Wissenschaft zu werben. Land und Bund müssen hier ebenfalls einen stärkeren Beitrag leisten und neben der Sicherung der Wissenschaftsfreiheit, die ihre Grenzen nur im Grundgesetz finden darf, auch die Hochschulen stärker strategisch auf MINT-Fächer ausrichten.

#### **Verantwortung der Chemieindustrie:**

Nach den Ergebnissen des Anlagensicherheits-Reports der Zugelassenen Überwachungsstellen (ZÜS) haben Sachverständige im Jahr 2019 bei 24 % der geprüften Lageranlagen, bei 18 % der Tankstellen und bei 14 % der sonstigen Ex-Anlagen erhebliche Mängel festgestellt und im Anschluss nach eigener Aussage behoben.

Die Chemiebranche muss weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden; Unfälle wie die Explosion in der Entsorgungsanlage für chemische Stoffe in Leverkusen am 28. Juli 2021 bei der sechs Arbeiter starben und 31 weitere zum Teil schwer verletzt wurden, untergaben sonst das gute Image und die Zustimmung zum Chemiestandort.

In Deutschland ist grundsätzlich der Betreiber für die Sicherheit seiner technischen Anlagen verantwortlich. Er muss alle geltenden Vorschriften einhalten, die ihm zum Beispiel durch die Betriebssicherheitsverordnung auferlegt sind. Hier ist besonders die Industrie gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und für maximal mögliche Sicherheit zu sorgen.